

Betriebe nicht mit Schlick allein lassen

Im Hamburger Hafen gibt es erneut Probleme mit Sedimenten – Wirtschaft warnt eindringlich

Erneute Berichte über Probleme mit Schlick in Teilen des Hamburger Hafens beunruhigen die betroffenen Unternehmen, aber auch andere Bereiche der Wirtschaft sowie die Politik.

Aktuell geht es um den Bereich „Travehafen“, der mit Blick auf seine Lage weiterhin unter dem hafengebäulichsten Sammelbegriff „Mittlerer Freihafen“ subsummiert wird, auch wenn es den Freihafenstatus seit dem 1. Januar 2013 nicht mehr gibt. Dieser Hafenteil hat, außer den normalen Tide-Einflüssen, naturgegeben nur wenig Durchströmung, mit der Folge, dass es damit eine stärkere Neigung zur Schlickablagerung gibt. Der Hafenbereich wird traditionell von Unternehmen genutzt, die zum Beispiel in der



Foto: Amdt

Immer wieder ein Ärgernis für die Hafenwirtschaft: Schlick

Hafenschifffahrt tätig sind und im Travehafen ihre Spezialfahrzeuge, etwa Schuten, stationiert haben. Für Gunnar Uldall, Landesverband Hamburg des Wirtschaftsrates der CDU e.V. und ehemaliger Hafen- und Wirtschaftssenator, sind die erneuten Negativnachrichten besorgniserregend: „Bei der

Lösung vieler Probleme, wie Umweltklagen gegen die Elbvertiefung, hat der Senat nur bedingten Einfluss. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung dort handelt, wo sie die Entscheidungskompetenz besitzt.“ Es könne nicht sein, dass Hafenternehmen „mit dem Verschlickungsproblem alleingelas-

sen werden und ihre Existenz damit leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird“, entrüstet sich Uldall. Mögliche Überlegungen zu Nutzungsänderungen in Hafenbereichen dürften nicht dazu führen, „dass dort tätigen und etablierten Unternehmen und ihren Mitarbeitern durch jahrelanges Unterlassen von Unterhaltungsmaßnahmen durch die HPA ihre Geschäftsgrundlage entzogen wird“. Zum Hintergrund: Der Bereich Travehafen gehört zu den Teilen im Hamburger Hafen, die in den kommenden Jahren vor einer grundsätzlichen Neuausrichtung stehen. Details dazu werden im Verlauf der zweiten Jahreshälfte erwartet. Indes wurde bekannt, dass die HPA künftig sogar mit bis zu 189 Millionen Euro im Jahr aus Steuermitteln rechnen kann. EHA